



Stellungnahme von Horoya Koalition

zur derzeitigen Situation von afrikanischen Menschen, die aus der Ukraine flüchten.

Mit dieser Stellungnahme wenden wir uns an die deutsche Bundesregierung, die Bundesländer, die deutschen Medien, sowie die deutsche Zivilgesellschaft. Wir wollen mit allem Nachdruck auf Rassismus, weitere Formen der Benachteiligung, Diskriminierung, und Verletzung von Menschenrechten aufmerksam machen. Diesen sind Menschen mit afrikanischen Vorfahren und andere, als nichtweiß wahrgenommene Menschen, ausgesetzt, die sich auf der Flucht aus oder noch in der Ukraine befinden.

Es besteht angesichts ihrer höchst prekären Lage dringender Handlungs-, Unterstützungs- und Gesprächsbedarf. Bisher ist keine entsprechende Aufmerksamkeit in Politik, Medien und Zivilgesellschaft Deutschlands zu erkennen. Unser Bündnis besteht aus afrikanischen/schwarzen Organisationen und Vereinen in Deutschland. Wir haben uns zusammengeschlossen, um gegen diese bisher kaum wahrgenommene, untragbare Situation vorzugehen und auf sie aufmerksam zu machen. Zusätzlich unterstützt unser Bündnis aktiv die Menschen, die dieser Situation ausgesetzt sind vor Ort, also auch hier in Deutschland.

Seit 26. Februar werden wir mit einer Flut verstörender Bilder und Berichte konfrontiert. Wir sehen wie ukrainische Sicherheitskräfte und Zivilpersonen afrikanische und nichtweiße Menschen aus Bussen und Bahnen zerren, damit sie „weißen Ukrainer*innen“ nicht den Platz wegnehmen. Wir erleben an ukrainischen Außengrenzen, wie schwarze und nichtweiße Menschen zurückgestellt, benachteiligt und de facto an der Flucht gehindert werden. Auch bezüglich des Zugangs zu Wasser, Nahrung, Wärme, Unterkunft, Hygiene, medizinischer Versorgung, lebenswichtigen Informationen und Personentransport werden sie stark benachteiligt. Uns erreichen Berichte von Gruppen afrikanischer Menschen, die mehr als 60 KM zu Fuß zurücklegen mussten, um dann an der Grenze in der Kälte abgewiesen zu werden. Unter ihnen waren schwangere Frauen und auch Kinder. Auch an der deutschen Grenze sind sie Benachteiligungen ausgesetzt. Hier werden sie im Sinne des Racial Profiling aufgrund ihrer Hautfarbe von der Bundespolizei aus den Zügen und Bussen gezogen, während weiße Ukrainer*innen ohne ähnliche Behinderungen in Deutschland einreisen dürfen.

Menschen an der Flucht zu hindern, während alle Welt um Anteilnahme ringt, ist nicht zu rechtfertigen und eine Verletzung der *Genfer Flüchtlingskonvention*. Anti-Schwarzer Rassismus in der Mitte Europas drückt sich auch darin aus, dass diese Situation nur knapp ein Jahr nach **Black Lives Matter** es nicht einmal in die mediale Wahrnehmung deutscher Nachrichten und Presse schafft. Deutschland wurde für die mangelnde Umsetzung der UN-Dekade für Menschen mit afrikanischen Vorfahren (2015-2024), die quasi ohne mediale Aufmerksamkeit in zwei Jahre endet, mehrfach gerügt. Für uns ist es eine mehr als verstörende, ernüchternde und nicht hinnehmbare Enttäuschung! **Offener, institutioneller und struktureller Rassismus**, welcher der Öffentlichkeit de facto verschwiegen wird, ist nicht mehr hinzunehmen.

Dennoch haben es trotz all dieser Hürden viele der Betroffenen dieses Rassismus geschafft nach Deutschland zu gelangen und Zuflucht zu finden. Dies sind vielen helfenden Händen und offenen Herzen, die nicht nach der Hautfarbe fragen, sondern sich solidarisch einsetzen, zu verdanken.

Nun müssen wir als afrikanische/schwarze Community mit Entsetzen und Empörung feststellen, dass auch Deutschland an der abwertenden Benachteiligung von aus der Ukraine geflüchteter afrikanischer Menschen Teil hat. Afrikanischen Studierenden, die aus der Ukraine flüchten, wird nicht die



Möglichkeit gegeben, ihr Studium hier weiterzuführen oder zu beenden, so wie es ukrainischen geflüchteten Studierenden ermöglicht wird. Eine solche auf Herkunft und Hautfarbe bezogene Benachteiligung und Abwertung wird Rassismus genannt. Zwar hören wir die Worte, dass alle gleich sind, erleben aber, dass Weiße scheinbar doch gleicher sind als wir.

Wir machen somit auf das GG der Bundesrepublik Deutschland aufmerksam in dem der erste Satz im Artikel 1 des GG lautet; *“Die Würde des Menschen ist unantastbar.“* Und weiter lesen wir im Artikel 3 des GG *„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“*

Der Globale Pakt für Menschen mit Fluchterfahrung, der 2018 ebenso durch die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde, listet beim Unterstützungsbedarf u.a. die Fach- und Berufsausbildung als wesentlichen Teil einer bedürfnisorientierten Hilfe für geflüchtete Menschen auf. Hat die deutsche Bundesregierung dies so schnell vergessen? Wir haben das jedenfalls nicht vergessen und formulieren dementsprechend unsere eindeutigen Forderungen, die sich besonders an diesen beiden Sätzen des GG, an den Menschenrechten, der Genfer Flüchtlingskonvention, sowie an Grundsätzen universeller und globaler Gerechtigkeit orientieren:

Wir fordern die Bundesregierung hiermit auf, die Rechte aller Menschen, die aufgrund dieses Krieges flüchten, zu vertreten. Gemäß der Auflagen, zu der sie sich im Grundgesetz Artikel 3 selbst verpflichtet hat. Und wir ermahnen sie deutlich unverzüglich mit dem *Racial Profiling* und anderen rassistisch-motivierten Praktiken aufzuhören und zukünftig nicht mehr anzuwenden.

Wir fordern die Bundesrepublik Deutschland auf, die Rechte Schwarzer, afrikanischer und nicht-ukrainischer Studierender, die aus der Ukraine flüchten, ebenso anzuerkennen, wie sie die Rechte geflohener ukrainischer Studierender anerkennt.

Wir, die bundesweite Koalition Afrikanischer und Schwarzer Vereine, fordern die Bundesrepublik Deutschland hiermit auf, afrikanischen Studierenden, die vor dem Krieg aus den Ukraine fliehen mussten und hier in Deutschland Zuflucht gefunden haben, die Möglichkeit zu gewähren, ihr Studium nach 16b AufenthG bzw. ihre Ausbildung hier abschließen oder fortsetzen zu können, wie sie es ukrainischen Studierenden gewährt.

Wir fordern die Bundesregierung hiermit in aller Dringlichkeit dazu auf, afrikanische und andere nicht-ukrainische Menschen, die aus der Ukraine flüchten, ebenso zu unterstützen, sie ebenso als hilfsbedürftig, würdig und menschlich wahrzunehmen, wie ukrainische Menschen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihrem im Koalitionsvertrag festgelegten Grundsatz, Folge zu leisten: *“Der Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit ist für uns unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik.“*

2020 zitierte Bundespräsident Frank Walter Steinmeier Angela Davis:
“Es reicht nicht kein Rassist zu sein. Wir müssen Antirassisten sein!“

Hiermit nehmen wir den Bundespräsidenten, die deutsche Regierung und die Bundesländer beim Wort und fordern dringend; ***„Handeln Sie jetzt sofort!“***



Berlin, 14.03.2022, **Horoya - Koalition afrikanischer Organisationen in Deutschland:**

AfricAvenir e.V., Afrika WirtschaftsForum (AfWiFo), Afrikanischen Elternverein Berlin Brandenburg, AMK- Afrikanischer Muslimkreis e.V., Bündnis für entwicklungspolitische Arbeit mit Afrika - BEA e.V., CAGINTUA e.V., Diaspora Policy Interaction UG (haftungsbeschränkt), Fondation Bolingo e.V., Landesnetzwerk Afrikanischer Vereine - LAV e.V., Network African Rural and Urban Development - NARUD e.V., Netzwerk Migrantenorganisationen Brandenburg - NeMiB e.V., Pan-African Women's Liberation Organisation - PAWLO Masoso e.V., Sources d'Espoir e.V., Ikram Horn von Afrika e.V.

Kontakt:

Rachel Berthe Kouombi Nangally
Sources-d'Espoir e.V.
Berliner Str. 64
13189 Berlin

Marianne Ballé Moudoumbou
PAWLO-Masoso e.V.
Gutenbergstraße 12
14467 Potsdam

Aziz Lamere
NARUD e.V.
Brüsseler Str. 36,
13353 Berlin

